

Niederschrift

über die 1. öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses am Donnerstag, 25.09.2014 um 16:00 Uhr, im Bürgersaal des Bürgerhauses

Anwesend waren:

stimmberechtigte Mitglieder gem § 4 Ila der Satzung für das Jugendamt

Frau Sandra Kollender	SPD	Vertretung für Herrn Christoph Bosbach
Herr Hans-Werner Schneller	SPD	
Herr Carsten Wannhof	SPD	
Frau Marion Buschmann	CDU	
Herr Ralf Küppers	CDU	
Herr Christopher Monheimius	CDU	
Frau Annegret Gronemeyer	Bündnis90/Die Grünen	
Frau Martina Reuter	FDP	
Frau Sabine Kittel	BÜRGERAKTION	

Stimmberechtigte Mitglieder aus den Verbänden

Frau Kimberly Lynn Bauer Hilden	Arbeiterwohlfahrt - Ortsverein	
Herr Marco Bischof (KjG) St. Konrad	Katholische junge Gemeinde	
Herr Hans Delcuve	Ev. Kinderheim Lievenstraße e.V.	
Frau Anne-Margarete Pütz	kath. Kirche	16:00 - 17:00 Uhr abwesend
Frau Claudia Schmitz-Moch	Kinderschutzbund	16:00 - 17:00 Uhr abwesend
Herr Siegfried Wagner	Paritätischer Wohlfahrtsverband	

Beratende Mitglieder

Frau Brunhilde Seitzer	Ev. Kirchengemeinde	16:00 - 17:00 Uhr abwesend
Frau Maria Mrotzek	kath. Kirche	Vertretung für Monsignore Hennes
Herr Jens-Peter Kröger	Amtsgericht Langenfeld	
Frau Heike Keding	Wilhelm-Hüls-Grundschule	16:00 - 17:00 Uhr abwesend
Herr Thorolf Haas	Jugendamtselternbeirat	Vertretung für Herrn Loo- schen
Frau Schulleiterin Sabine Klein-Mach	Sekundarschule	16:00 - 17:00 Uhr abwesend
Frau Sylvia Raphael-Wingartz	Gesundheitsamt	16:00 - 17:00 Uhr abwesend
Herr Lucas Thieme	Jugendparlament	

Frau Angelica Niederquell

Allianz für Hilden

Von der Verwaltung

Frau Bürgermeisterin Birgit Alkenings

16:00 - 17:00 Uhr abwesend.
Vorsitz bis TOP 5.

Herr Beig. Reinhard Gatzke

Frau Noosha Aubel

Frau Dr. Ute Belz

Herr Ulrich Brakemeier

Frau Andrea Funke

Herr Roman Kaltenpoth

Frau Kirsten Max

Frau Andrea Nowak

Herr Dirk Schatte

Bis TOP 10.
16:00 - 17:00 Uhr abwesend

Herr Ralf Scheib

Herr Friedhelm Topp

16:00 - 17:00 Uhr abwesend

Frau Stefanie Walder

16:00 - 17:00 Uhr abwesend

Herr Michael Witek

Gäste

Herr Nermin Cosovic

Bis TOP 10

Herr Bruno Hastrich

Herr Achim Hendrichs

Bis TOP 10

Frau Alina Hufmann

Bis TOP 10

Herr Sven Lutter

Frau Katinka Rother

Jugendparlament

Bis TOP 10

Herr Tom Rother

Bis TOP 10

Herr Bodo Säume

Herr Dipl.Ing. Reinhold Scheer

Jugendparlament

Architekturbüro Scheer

Frau Julia Schnäbelin

Bis TOP 10

Herr Drazen Vukic

Architekturbüro Scheer

Von der Verwaltung

Herr Mike Dörflinger

Frau Birgit Schimang

Tagesordnung:

Eröffnung der Sitzung

Änderungen zur Tagesordnung

Einwohnerfragestunde

- 1 Besichtigung Theodor Heuss Hauptschule

- 2 Bestellung einer Schriftführerin
- 3 Einführung und Verpflichtung der stimmberechtigten und beratenden Mitglieder des JHA
- 4 Befangenheitserklärungen
- 5 Wahl der/des Vorsitzenden des Jugendhilfeausschusses, Wahl der/des stellvertretenden Vorsitzenden des Jugendhilfeausschusses
WP 14-20 SV 51/025
- 6 Geschäftsbericht 2013
WP 14-20 SV 51/015
- 7 Bericht zum Konzept Leihgroßeltern
WP 14-20 SV 51/016
- 8 Bericht über das Kinderarmutsprojekt Pro.Te.Kt
WP 14-20 SV 51/006
- 9 Jahresberichte der freien Träger
WP 14-20 SV 51/018
- 10 Umgestaltung des Holterhöfchen - Vorschläge des Jugendparlamentes -
WP 14-20 SV 51/001
- 11 INSO - Bericht über die Ergebnisse der Personal- und Organisationsuntersuchung im Produkt erzieherische Hilfen
WP 14-20 SV 51/023
- 12 Gesetz zur Änderung des Kinderbildungsgesetzes NRW (2. KiBiz-Änderungsgesetz)
WP 14-20 SV 51/002
- 13 Auswirkungen 2. KiBiz-Änderungsgesetz - Verteilung Landeszuschüsse für plus-KITA-Einrichtungen und Sprachförderung -
WP 14-20 SV 51/003
- 14 Fortschreibung der Kindergartenbedarfsplanung
- Umbau der Theodor-Heuss-Hauptschule zu einer Kindertagesstätteneinrichtung -
WP 14-20 SV 51/010
- 15 Fortsetzung der Schulsozialarbeit nach BuT
WP 14-20 SV 51/013
- 16 Neues Jugendzentrum in der Stadtmitte
- Antrag der BA-Fraktion vom 26.03.2014 -
WP 14-20 SV 51/021
- 17 Einrichtung eines U3-Angebotes im Hildener Westen - Anregung nach § 24 GO NRW des BV Hilden-West und des Elternbeirates vom 30.06.2014 -
WP 14-20 SV 51/004

- 18 Mitteilungen und Beantwortungen von Anfragen
- 19 Entgegennahme von Anfragen und Anträgen

Eröffnung der Sitzung

Frau Bürgermeisterin Birgit Alkenings eröffnete die Sitzung und stellte fest, dass die Sitzungsunterlagen frist- und ordnungsgemäß zugegangen seien.

Änderungen zur Tagesordnung

Änderungswünsche zur Tagesordnung ergaben sich keine.

Einwohnerfragestunde

Um 17:45 Uhr wurde die Einwohnerfragestunde eröffnet. Wortmeldungen hierzu ergaben sich nicht. Daraufhin wurde die Einwohnerfragestunde wieder geschlossen.

1 Besichtigung Theodor Heuss Hauptschule

Um 16.00 Uhr versammelten sich die Mitglieder des Jugendhilfeausschusses am Eingang der Theodor-Heuss-Hauptschule zu einer Ortsbesichtigung. Herr Architekt Scheer erläuterte in den verschiedenen Schultrakten die geplanten Umbaumaßnahmen und führte u. a. aus, dass die vorhandene Betonskelettbauweise des Gebäudes sehr gut für einen Umbau geeignet sei, da durch dieses vorhandene Gerüst die Innenräume gut neu zu gestalten seien. Er erläuterte auch, dass vorgesehen sei, zusätzlich einen Aufzug einzubauen, mit dem dann eine vollständige Barrierefreiheit erreicht werden könne.

2 Bestellung einer Schriftführerin

Die Verwaltung schlug Frau Kirsten Max zur Schriftführerin sowie Frau Simone Heese und Frau Sonja Schmidt zu ihren Stellvertreterinnen vor. Diesem Vorschlag stimmte der Jugendhilfeausschuss zu.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig beschlossen.

3 Einführung und Verpflichtung der stimmberechtigten und beratenden Mitglieder des JHA

Die Bürgermeisterin verpflichtete die Mitglieder und stellv. Mitglieder Herrn Ralf Küppers, Frau Annegret Gronemeyer, Frau Martina Reuter, Frau Kimberly Lynn Bauer, Herrn Marco Bischof, Herrn Hans Delcuve, Frau Margarete Pütz, Frau Claudia Schmitz-Moch, Herrn Siegfried Wagner, Frau Brunhilde Seitzer, Frau Maria Mrotzek, Herrn Jens-Peter Kröger, Frau Sylvia Raphael-Wingartz, Herrn Lucas Thieme, Frau Angelika Niederquell sowie abschließend Herrn Thorolf Haas.

4 Befangenheitserklärungen

Zu diesem TOP erklärte sich Rm Schneller zu TOP 13 für befangen, da in dieser Sitzungsvorlage auch Punkte seien, die die SPE Mühle betreffen.

5 Wahl der/des Vorsitzenden des Jugendhilfeausschusses, Wahl der/des stellvertretenden Vorsitzenden des Jugendhilfeausschusses

WP 14-20 SV
51/025

Die Vorsitzende, Frau Bm Alkenings, bat um entsprechende Vorschläge für den Vorsitz sowie den stellvertretenden Vorsitz des Jugendhilfeausschusses. Herr Wannhof schlug für die SPD-Fraktion Herrn Hans-Werner Schneller für den Vorsitz vor. Weitere Vorschläge wurden nicht benannt.

Anschließend bat die Vorsitzende um einen Vorschlag für den stellvertretenden Vorsitz des Jugendhilfeausschusses. Hier schlug Herr Monheimius für die CDU-Fraktion Frau Marion Buschmann vor. Weitere Vorschläge erfolgten nicht. Die Wahl erfolgte öffentlich. Herr Schneller wurde einstimmig zum Vorsitzenden gewählt. Frau Buschmann wurde bei einer Gegenstimme zur stellvertretenden Vorsitzenden gewählt.

Nach Abschluss der Wahl übernahm Herr Rm. Schneller den Sitzungsvorsitz, bedankte sich für das entgegengebrachte Vertrauen und gab seinem Wunsch Ausdruck, auch in Zukunft gemeinsam gut und einvernehmlich miteinander zu arbeiten und wichtige Entscheidungen zum Wohle der Kinder und Jugendlichen in dieser Stadt zu treffen.

6 Geschäftsbericht 2013

WP 14-20 SV
51/015

Herr Wannhof dankte dem Fachamt für diesen ausführlichen und anschaulichen Bericht. Sicherlich gäbe es Dinge, die man kritisch sehen könnte, es sei aber sichtbar, dass hier soziale Arbeit auf sehr hohem Niveau geleistet werde. Dies werde durch diesen Bericht deutlich.

Frau Gronemeyer bedankte sich ebenfalls für dieses Werk, das sehr hilfreich für die Ausschussarbeit und ein gutes Nachschlagewerk sei. Da aber immer wieder die Rede von knappen Personalressourcen sei, stelle sich die Frage, ob nicht die Kapazität des Berichtes oder die Taktung der Veröffentlichung verändert werden solle, um so Personalressourcen einzusparen.

Frau Aubel bedankte sich für das Lob, dass sie an dieser Stelle gerne an die zuständige Mitarbeiterin, Frau Walder, weitergeben wolle. Zu den Bedenken der Fraktion die GRÜNEN Hilden führte sie aus, dass der Bericht auch innerhalb der Verwaltung aktiv genutzt werde, z. B. für neue Planungen, als Übersicht, was man erreicht habe und wo es noch etwas zu optimieren gäbe, aber auch für die Öffentlichkeitsarbeit. Zudem sei der Bericht ein Baustein der strategischen Ausrichtung des Fachamtes. Er sei deshalb eine wichtige Arbeitsgrundlage, an der die Verwaltung gerne auch im jährlichen Rhythmus festhalten wolle.

Beschlussvorschlag:

Der Jugendhilfeausschuss bzw. der Ausschuss für Schule und Sport nimmt den Geschäftsbericht 2013 des Amtes für Jugend, Schule und Sport zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

Zur Kenntnis genommen.

7	Bericht zum Konzept Leihgroßeltern	WP 14-20 SV 51/016
---	------------------------------------	-----------------------

Zu diesem TOP ergaben sich keine Wortmeldungen.

Beschlussvorschlag:

Der Jugendhilfeausschuss nimmt den Bericht zum Konzept Leihgroßeltern zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

Zur Kenntnis genommen.

8	Bericht über das Kinderarmutsprojekt Pro.Te.Kt	WP 14-20 SV 51/006
---	--	-----------------------

Ohne weitere Aussprache nahm der Ausschuss diesen Bericht zur Kenntnis.

Beschlussvorschlag:

Der Jugendhilfeausschuss nimmt den Bericht zum Kinderarmutsprojekt Pro.Te.Kt zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

Zur Kenntnis genommen.

9	Jahresberichte der freien Träger	WP 14-20 SV 51/018
---	----------------------------------	-----------------------

Hierzu erfolgte keine Wortmeldung.

Beschlussvorschlag:

Der Jugendhilfeausschuss nimmt die Berichte der freien Träger zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

Zur Kenntnis genommen.

10	Umgestaltung des Holterhöfchen - Vorschläge des Jugendparlamentes -	WP 14-20 SV 51/001
----	---	-----------------------

Tom Rother erläuterte zu diesem Tagesordnungspunkt, warum sich das Jugendparlament (JuPa) so intensiv mit dieser Fläche auseinandergesetzt habe und welche Bedeutung diese für die Jugendlichen in Hilden habe. Insbesondere sei dem JuPa der schlechte Zustand des Holterhöfchens aufgefallen. Die Fläche werde durch viele Schüler genutzt, da dort mehrere Schulen angesiedelt seien. Als Vertreter der Schülerinnen und Schüler fühlte sich das JuPa hier verantwortlich. Für die einzelnen Entwürfe habe sich das JuPa auf die Parkanlagen konzentriert. Diese wurden besichtigt

und analysiert und mit dem Masterplan verglichen. Hierbei seien fünf Ideen herausgefiltert worden, die dem JuPa besonders wichtig seien. Im Folgenden würden nun die anwesenden JuPa-Mitglieder die Vorschläge präsentieren, die ihnen besonders wichtig seien, wobei jeder Jugendparlamentarier für einen Vorschlag stünde.

Jugendgrillplatz

Nermin Cosovic erläuterte noch einmal detailliert die Ideen zum Jugendgrillplatz. Hierbei wies er darauf hin, dass Jugendliche sich gerne in der Natur aufhielten und dabei auch gerne gemeinsam mit Freunden grillen wollten. Dies sei aber immer nur im privaten Bereich möglich. Der Platz könnte aber auch durch andere z. B. Schulklassen, dem Jugendparlament, der KJG usw. genutzt werden. Das JuPa wäre bereit, die Schlüsselgewalt für den Platz zu übernehmen und diesen auch zu kontrollieren. Man wisse, dass ein Grillplatz Probleme bedeute, das JuPa wäre aber auch bereit, hier Verantwortung zu übernehmen.

Renaturierung und Gestaltung großer Teich

Julia Schnäblin führte zum Vorschlag Renaturierung und Gestaltung des großen Teiches aus, dass die Form eckig, unnatürlich, lieblos und abweisend wirke. Darüber hinaus stelle die Gestaltung für kleine Kinder eine Gefahr dar, da Steinplatten abgerutscht seien. Ebenfalls sei eine technische Aufarbeitung des trüben Wassers notwendig. Eine Erholungsqualität sei derzeit nicht gegeben. Das JuPa wünsche sich hier eine Art kleine Oase, die u. a. durch den Einbau von Natursteinen und die Pflanzung von Wasser- und Uferpflanzen erreicht werden könnte.

Pavillon am großen Teich

Tom Rother beschrieb die derzeitige Situation anhand eines Fotos, dass die derzeitigen Sitzgelegenheiten zeigte. Hierbei handelte es sich um Sitzgelegenheiten, die häufig genutzt würden. Diese Steine wirkten aber lieblos und veraltet. Hier seien bessere Sitzgelegenheiten, am besten überdacht, wünschenswert. Das JuPa könne sich hier gut z. B. einen ausgedienten Rheinbahnbus als Aufenthaltsort vorstellen. Es solle jedoch kein betreuter Ort werden. Es wäre z. B. auch schön, wenn an diesem Ort Schulklassen draußen unterrichtet werden könnten. Abschließend wies er auf das Projekt Pavillonbau aus Marzahn hin, bei dem Jugendliche an der Gestaltung eines Pavillons beteiligt wurden.

Sitzstufen mit Steg am großen Teich

Die Sitzstufen am Wasser seien ebenfalls lieblos gestaltet und marode. Da der Platz in der Sonne läge, habe man die Idee neue Stufen aus Holz und Steinen zu gestalten. Um auch das Wasser stärker einzubeziehen, wurde vorgeschlagen, einen begehbaren Steg in das Wasser zu bauen. Einen solchen Steg habe es in der Vergangenheit dort schon einmal gegeben, dieser sei aber abgebaut und nicht wieder ersetzt worden.

Graffitiwände

Skateranlagen und Graffitiwände seien eine bewährte Kombination, die sich etabliert habe, zeigte Katinka Rother auf. Graffitis im Park könnten für Kinder, Jugendliche und Erwachsene attraktiv sein. Sie erläuterte, wie z. B. der derzeitige, wenig genutzte Standort für die Fahrräder umgestaltet werden könne. Hierbei solle als Grundlage für die Graffitis keine gerade Betonwand dienen, sondern eine Wand, die Brüche und Risse aufweise und auch beleuchtet werden solle. So würden die Kunstwerke an Bedeutung gewinnen. Außerdem seien diese Flächen dann auch z. B. für Kunstleistungskurse nutzbar. Das JuPa würde auch hier Verantwortung übernehmen und diese Flächen pflegen. Abschließend bedankte sie sich für das JuPa für die Aufmerksamkeit und gab der Hoffnung Ausdruck, mit den vorgestellten Vorschlägen zu überzeugen.

Herr Vors. Schneller bedankte sich für diese umfangreichen Gedanken. Frau Buschmann führte aus, dass sie begeistert sei, dass sich die Jugendlichen so viele Gedanken gemacht hätten und ihre Ideen hier präsentiert hätten. Sie freue sich besonders darüber, dass die Jugendlichen selbst aktiv würden und bereit seien, Verantwortung zu übernehmen. Über einzelne Vorschläge könne man immer diskutieren. Als CDU Fraktion sei man jedoch angetan von den Ideen und freue sich

über eine Diskussion im Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz. Hierzu passe auch der Vorschlag der BA, einen Jugendtreffpunkt in der Innenstadt einzurichten.

Herr Wannhof schloss sich dem Lob von Frau Buschmann an und sprach ebenfalls seinen Dank für die Vorschläge und auch die Präsentation in der Sitzung aus. Er freue sich besonders darüber, dass auch touristische Aspekte berücksichtigt worden seien, dies sei zukunftsweisend. Für die SPD-Fraktion sei es jedoch wichtig, das man dieses Thema nicht nur einfach an den Ausschuss für Umwelt- und Klimaschutz weiterleite, sondern man wünsche sich, dass dies unter weiterer Beteiligung des Jugendparlamentes geschehe und bat darum, dies in den Beschlussvorschlag mit aufzunehmen.

Frau Kittel hob ebenfalls die vorgetragene Bereitschaft zur Verantwortung des Jugendparlamentes hervor und befürwortete den Beschlussvorschlag, obwohl sie die Idee des Grillplatzes kritisch sehe. Frau Niederquell schloss sich Frau Kittel mit Bedenken zum Grillplatz an und bat die Verwaltung, sich nach einem anderen Grillplatz umzusehen.

Herr Vors. Schneller wies darauf hin, dass man in der Sache hier nicht zuständig sei und das Thema deshalb an den Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz weiterleiten wolle.

Herr Thieme ergänzte, dass ihm während der Präsentation noch die Idee gekommen sei, die ganze Einrichtung inklusiv zu gestalten, so dass z. B. auch Rollstuhlfahrer die Möglichkeit hätten, den Teich als Erholungsort zu nutzen. Herr Beig. Gatzke führte abschließend aus, dass man hier bewusst zeigen wolle, wozu jungen Leute imstande seien, wenn sie sich einbringen könnten und beteiligt würden. Mit ihren Vorschlägen gäben sie wichtige Impulse und könnten so ihre Stadt aktiv mitgestalten. Hierüber sei man sehr zufrieden und stolz.

Sodann ließ Herr Vors. Schneller über den geänderten Beschlussvorschlag abstimmen:

Geänderter Beschlussvorschlag:

Der Jugendhilfeausschuss nimmt die vom Jugendparlament entwickelten Vorschläge zur Umgestaltung der Parkanlage Holterhöfchen zur Kenntnis. Der Jugendhilfeausschuss spricht sich dafür aus, den Ideenkatalog weiter im Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz beraten und die Umsetzung der Vorschläge prüfen zu lassen. *An dieser Beratung sollen auch weiterhin die Mitglieder des Jugendparlamentes beteiligt werden.*

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

11	INSO - Bericht über die Ergebnisse der Personal- und Organisationsuntersuchung im Produkt erzieherische Hilfen	WP 14-20 SV 51/023
----	--	-----------------------

Herr Bruno Hastrich vom Institut für Sozialplanung und Organisationsentwicklung IN/S/O GmbH trug noch einmal die Inhalte des Prüfauftrages vor und schilderte die Vorgehensweise, die zu den in der Sitzungsvorlage beschriebenen Ergebnissen geführt habe und unterstrich, dass diese Prüfung eine wichtige Investition in die Zukunft gewesen sei. Er wisse, dass die Empfehlungen zusätzliche Personalressourcen aufzuwenden sowie eine erweiterte Technikunterstützung anspruchsvoll seien, diese wären jedoch zwingend notwendig.

Weitere Wortmeldungen erfolgten hierzu nicht, sodann ließ der Vorsitzende über den Beschlussvorschlag abstimmen.

Beschlussvorschlag:

Der Jugendhilfeausschuss beschließt:

1. Der Bericht zur Untersuchung des Sachgebietes Soziale Dienste des Fachinstitutes INSO und der Prüfbericht des Rechnungsprüfungsamtes werden zur Kenntnis genommen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt die Handlungsempfehlungen auf der Grundlage der Berichte umzusetzen und im Stellenplan 2015 1,2 Vollzeitstellen zusätzlich vorzusehen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen.

12	Gesetz zur Änderung des Kinderbildungsgesetzes NRW (2. KiBiz-Änderungsgesetz)	WP 14-20 SV 51/002
----	---	-----------------------

Ohne weitere Wortmeldung wurde der Bericht zur Kenntnis genommen.

Beschlussvorschlag:

Der Jugendhilfeausschuss nimmt den Bericht zu den Auswirkungen des 2. KiBiz-Änderungsgesetzes zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

Zur Kenntnis genommen.

13	Auswirkungen 2. KiBiz-Änderungsgesetz - Verteilung Landeszuschüsse für plusKITA-Einrichtungen und Sprachförderung -	WP 14-20 SV 51/003
----	---	-----------------------

Zu diesem Tagesordnungspunkt hatte sich Herr Vors. Schneller zu Beginn der Sitzung für befangen erklärt.

Beschlussvorschlag:

1. Der Jugendhilfeausschuss der Stadt Hilden beschließt die in der Sachdarstellung vorgestellten Kriterien und die nachfolgend benannten Kindertageseinrichtungen als plusKITA – Einrichtungen gemäß § 16a in Verbindung mit § 21 a KiBiz in die Jugendhilfeplanung der Stadt Hilden aufzunehmen.

Plus KITA:

1.Caritas Kindertageseinrichtung St. Jacobus	Caritas Kreis Mettmann	Innenstadt
2.Ev. Familienzentrums „An der Friedenskirche“	Ev. Kirchengemeinde Hilden	Nord
3.Ev. Kindertageseinrichtung „Sonnenschein“	Ev. Kirchengemeinde Hilden	Ost
4.Familienzentrum „Mühle“ e.V.	SPE Mühle e.V.	Mitte
5. städt. Familienzentrum „Die Arche“	Stadt Hilden	Innenstadt

Die Verwaltung wird beauftragt, den anerkannten plusKITA - Einrichtungen vorbehaltlich der für jedes Kindergartenjahr gewährten Landesmittel einen Zuschuss in Höhe von 25.000 € jährlich für die Dauer von 3 Jahren beginnend mit dem Kindergartenjahr 2014/2015 (Zeitraum 01.08.2014 bis 31.07.2017) zur Umsetzung der Bildungsprozesse im Rahmen der Fördervoraussetzungen zur Verfügung zu stellen.

2. Der Jugendhilfeausschuss der Stadt Hilden beschließt die in der Sachdarstellung vorgestellten Kriterien und die nachfolgend benannten Kindertageseinrichtungen in die Förderung von Landesmitteln für zusätzlichen Sprachförderbedarf gemäß § 16 b in Verbindung mit § 21 b KiBiz in die Jugendhilfeplanung der Stadt Hilden aufzunehmen.

Die Verwaltung wird beauftragt, den anerkannten Sprachförder - Einrichtungen vorbehaltlich der für jedes Kindergartenjahr gewährten Landesmittel einen Zuschuss in Höhe von 5.000 € jährlich für die Dauer von 3 Jahren beginnend mit dem Kindergartenjahr 2014/2015 (Zeitraum 01.08.2014 bis 31.07.2017) zur Umsetzung der Bildungsprozesse im Rahmen der Fördervoraussetzungen zur Verfügung zu stellen.

Sprachfördereinrichtungen:

1. Integr. Kindertageseinrichtung „Ellen-Wiederhold“	FZG Beh. u. Nichbeh. e.V.	Nord
2. Ev. Familienzentrum „An der Friedenskirche“	Ev. Kirchengemeinde Hilden	Nord
3. Städt. Familienzentrum „Kunterbunt“	Stadt Hilden	Nord
4. Städt. Kindertageseinrichtung „Rappelkiste“	Stadt Hilden	Nord
5. Kath. Kindertageseinrichtung „St. Elisabeth“	Kath. Kirchengemeinde St. Jacobus Hilden	Nord
6. Paritätischer Kindergarten e.V.	Elterninitiative	Nord
7. Städt. Kindertageseinrichtung „Mäusenest“	Stadt Hilden	Innenstadt
8. Städt. Kindertageseinrichtung „Itterpänz“	Stadt Hilden	Innenstadt
9. Caritas Kindertageseinrichtung St. Jacobus	Caritas Kreis Mettmann	Innenstadt
10. Johanniter Kindertageseinrichtung „Tucherweg“	Johanniter Unfall-Hilfe e.V.	Mitte
11. städt. Kindertageseinrichtung „Pustebume“	Stadt Hilden	West
12. Ev. Kindertageseinrichtung „Sonnenschein“	Ev. Kirchengemeinde	Ost
13. AWO Familienzentrum „Zur Verlach“	AWO Kreis Mettmann	Süd

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

14	Fortschreibung der Kindergartenbedarfsplanung - Umbau der Theodor-Heuss-Hauptschule zu einer Kindertages- stätteneinrichtung -	WP 14-20 SV 51/010
----	--	-----------------------

Zu diesem Tagesordnungspunkt hatte vor Beginn der Sitzung eine Ortsbesichtigung stattgefunden, bei der Herr Architekt Scheer die Vorgehensweise bei einem Umbau der Schule erläuterte. Herr Thieme führte hierzu aus, dass es wichtig sei, Kindertagesstättenplätze einzurichten. Er bat aber gleichzeitig darum, einen Teil des Geländes für die Schaffung von günstigem Wohnraum z. B. für Studenten einzuplanen. Herr Beig. Gatzke erläuterte hierzu, dass für den Umbau der zweigeschossige Trakt III und der angrenzende eingeschossige Trakt IV benötigt würden. Darüber hinaus werde ein Teil der Fläche der Schule für ein Regenrückhaltebecken beansprucht, ein weiterer Teil stehe frei zur Verwendung. Hier werde es Planüberlegungen geben.

Frau Gronemeyer unterstrich noch einmal, dass eine zügige Umsetzung wichtig sei, da es in anderen Kindertageseinrichtungen Überbelegungen gäbe und Eltern entsprechende Plätze suchten, deren Bedürfnissen wolle man gerne schnell nachkommen. Herr Haas sprach sich klar dafür aus, dass ein großer Kindergarten gebaut würde, da sonst die Überbelegung zu einem Qualitätsverlust führen werde und bat deshalb um Zustimmung für die Vorlage.

Beschlussvorschlag:

Der Jugendhilfeausschuss beschließt

- Dem Umbau eines Teils der Theodor-Heuss-Hauptschule zu einer bis zu sechsprüppigen Kindertagesstätteneinrichtung grundsätzlich zuzustimmen und die Maßnahme in die nächste Fortschreibung der Kindergartenbedarfsplanung im ersten Quartal 2015 aufzunehmen
- Im Haushaltsplan 2015 Planungsmittel in Höhe von 83.000 € bereitzustellen, um die § 14-

- Unterlagen zu erstellen
- Über die endgültige Bereitstellung der erforderlichen Haushaltsmittel im Rahmen der Haushaltsplanberatungen 2015 zu entscheiden.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig beschlossen

15 Fortsetzung der Schulsozialarbeit nach BuT

WP 14-20 SV
51/013

Frau Gronemeyer betonte, dass es dringend erforderlich sei, diesem Vorschlag zu folgen. Man könne leider auch nicht die Haltung der Bundes- und Landesregierung ändern, man müsse hier vor Ort etwas tun, damit Familien geholfen werden könne. 20 % der Familien in Hilden seien von Armut bedroht und deshalb bräuchte man dringend diese 1,75 Stellen. Die Städte Mettmann und Leverkusen hätten ebenfalls die Stellen dauerhaft eingerichtet. Man laufe Gefahr, dass durch die Befristung gutes Personal „weglaufe“. Es wäre nicht sinnvoll mit ungeschultem Personal wieder von vorne anzufangen.

Herr Wannhof erläuterte, dass die Fraktion es sich bei der Entscheidung über den Verwaltungsvorschlag nicht leicht gemacht habe, sie wolle aber den Aspekt der steigenden Personalkosten nicht aus den Augen verlieren. Es hätte im Ausschuss für Schule und Sport einen tragfähigen geänderten Beschlussvorschlag gegeben, diesem würde man sich hier ebenfalls anschließen. Der Änderungsvorschlag der SPD lautete wie folgt:

SPD-Fraktion - Vorschlag zur Beschlussänderung:

„Nach Vorberatungen im Ausschuss für Schule und Sport und im Jugendhilfeausschuss beschließt der Rat der Stadt Hilden die Schulsozialarbeit nach BuT auf der Grundlage des vorgelegten Konzeptes im Umfang von 1,75 Vollzeitstellen befristet bis zum 31.12.2015 fortzusetzen. Die Verwaltung wird beauftragt, eine Finanzierung aus nicht städtischen Mitteln anzustreben, um dauerhafte Stellen schaffen zu können“.

Herr Thieme teilte mit, dass sich das Jugendparlament für den Vorschlag der Verwaltung ausspreche. Man solle hier nicht nur auf die finanziellen Mittel schauen, sondern sehen, dass diese Arbeit unglaublich wichtig sei.

Herr Monheimius begrüßte für die CDU-Fraktion die Einrichtung der Schulsozialarbeit. Hier werde wertvolle soziale Arbeit geleistet, an der man auch in Zukunft festhalten wolle. An dieser Stelle wolle man auch den Schulsozialarbeitern für die geleistete Arbeit danken. Die Frage sei jedoch, wodurch dieses Dilemma entstanden sei. Im Rahmen des Bildungs- und Teilhabepaketes habe der Bund deutlich gemacht, dass in den Jahren 2011 – 2013 u. a. für die Schulsozialarbeit 400 Mio. Euro pro Jahr bereitgestellt wurden. Von Anfang an sei klar gewesen, dass es sich um eine Anschubfinanzierung gehandelt habe. Bei der Schulsozialarbeit handele es sich um ein professionelles pädagogisches Angebot, dass verfassungsrechtlich auf dem Gebiet der allgemeinen Bildung und des Schulwesens bei den einzelnen Bundesländern liege. Die CDU Hilden sehe nun die Landesregierung in NRW in der Pflicht, für eine geeignete Weiterfinanzierung der Schulsozialarbeiter zu sorgen.

Deshalb unterstütze die CDU-Fraktion den Antrag der SPD-Fraktion. Damit gebe man der Verwaltung der Stadt Hilden mehr Zeit, eine geeignete finanzielle Lösung mit dem Land zu finden und den Schulsozialarbeitern mehr Sicherheit.

Alle Verantwortlichen und Beteiligten seien enttäuscht darüber, führte Herr Beig. Gatzke aus, dass es offensichtlich in Hilden nicht gelingen würde, die Schulsozialarbeit selbst mit der Hälfte des bisherigen Personals dauerhaft einzurichten. Andere Städte wie u. a. Köln, Leverkusen, Monheim und

auch Mettmann hätten in vorbildlicher Weise bereits beschlossen, das gesamte Personal der Schulsozialarbeit dauerhaft zu beschäftigen. Es sei zudem nach wie vor unverständlich, dass es nicht gelänge, auf der Bundes- und Landesebene eine zukunftsorientierte Lösung zur Finanzierung dieser wichtigen und unverzichtbaren Aufgabe zu erreichen.

Es läge auch in der Verantwortung der Rats- und Ausschussmitglieder, dafür auf die Bundestags- und Landtagsabgeordneten zuzugehen und eine dauerhafte Finanzierung einzufordern. In Hilden würden 300 Familien im Rahmen der Schulsozialarbeit betreut und unterstützt. Dies gelte es auf Dauer zu erhalten.

Herr Delcuve ergänzte hierzu, dass ihm die Schulsozialarbeit sehr am Herzen läge und er dem Verwaltungsvorschlag deshalb zustimmen werde.

Herr Wagner führte weiter aus, dass er sehr begrüße, dass man eine Fortführung der Schulsozialarbeit bekäme, dies sei besonders wichtig für Familien, die Beratungsbedarf hätten.

Herr Vorsitzender Schneller betonte an dieser Stelle, dass völlig unstrittig sei, dass hier gute Arbeit geleistet worden wäre und ließ alternativ abstimmen. Für den Verwaltungsvorschlag stimmten 4 Mitglieder für den geänderten Beschlussvorschlag der SPD-Fraktion stimmten 11 Mitglieder.

Geänderter Beschlussvorschlag:

Nach Vorberatungen im Ausschuss für Schule und Sport und im Jugendhilfeausschuss beschließt der Rat der Stadt Hilden die Schulsozialarbeit nach BuT auf der Grundlage des vorgelegten Konzeptes im Umfang von 1,75 Vollzeitstellen befristet bis zum 31.12.2016 fortzusetzen.

Die Verwaltung wird beauftragt, eine Finanzierung aus nicht städtischen Mitteln anzustreben, um dauerhafte Stellen schaffen zu können“.

16 Neues Jugendzentrum in der Stadtmitte
- Antrag der BA-Fraktion vom 26.03.2014 -

WP 14-20 SV
51/021

Frau Kittel erläuterte, dass der Antrag mit der Überschrift neues Jugendzentrum in der Stadtmitte betitelt sei, dies sei aber so nicht beabsichtigt sondern es solle lediglich einen öffentlichen Jugendtreffpunkt in der Stadtmitte geben. Ihre Fraktion wünsche sich einen Raum, in dem sich Jugendliche mit geringem finanziellem Aufwand zwanglos treffen könnten. Wünschenswert sei hier eine Mitwirkung durch die Jugendlichen, die Wirtschaftsförderung und eine Trägerschaft durch freie Träger oder durch die Kirche.

Herr Thieme machte darauf aufmerksam, dass es in der Innenstadt bereits eine attraktive Anlaufstelle für Jugendliche gäbe, die Sonderbar. Hier könnten sich Jugendliche treffen und es gäbe dort einen Kicker und Spiele. Frau Buschmann führte aus, dass man keinen Ort mit pädagogischer Betreuung wolle, dass man aber grundsätzlich den Vorschlag der BA begrüße und deshalb dem Vorschlag der Verwaltung zustimmen werde.

Herr Beig. Gatzke erläuterte, dass die Verwaltung sich sehr umfangreich mit der Fortführung des Kinder- und Jugendförderplanes beschäftigte und das Ergebnis in der nächsten Sitzung vorgestellt würde. Der gestellte Antrag passe sehr gut dort hinein. Frau Kittel erklärte sich mit dieser Verfahrensweise einverstanden.

Sodann ließ Herr Vorsitzender Schneller über den Verwaltungsvorschlag abstimmen.

Der Jugendhilfeausschuss beschließt, den Antrag der BA-Fraktion in den laufenden Planungsprozess zum Kinder- und Jugendförderplan einzubeziehen und ihn in der nächsten Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 11.12.2014 zusammen mit dem dann vorzulegenden Entwurf des Kin-

der- und Jugendförderplanes 2015 – 2020 einschließlich der damit verbundenen Maßnahmenplanung zu beraten.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig beschlossen

17	Einrichtung eines U3-Angebotes im Hildener Westen - Anregung nach § 24 GO NRW des BV Hilden-West und des Elternbeirates vom 30.06.2014 -	WP 14-20 SV 51/004
----	--	-----------------------

Ohne weitere Wortmeldung stimmte der Ausschuss dem Verwaltungsvorschlag zu.

Der Jugendhilfeausschuss beschließt:

- die Bedarfsprüfung zur Einrichtung eines U3-Angebotes im Hildener Westen in die jährliche Fortschreibung der Kindergartenbedarfsplanung zu integrieren und die Ergebnisse in der ersten Sitzung des Jugendhilfeausschusses im Jahr 2015 vorzustellen,
- bei den Wirtschaftsbetrieben im Hildener Westen nachzufragen, ob ein Platzbedarf für Kinder im Alter unter 3 Jahren existiert und eine Bereitschaft zur Mitfinanzierung besteht,
- mit den Antragstellern die Möglichkeiten der Einrichtung einer Großtagespflegestelle zu erörtern und zu prüfen.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig beschlossen

18 Mitteilungen und Beantwortungen von Anfragen

Frau Aubel teilte mit, dass sich abzeichnete, dass die städtischen Mittel für den Neubau einer Kita-gruppe der SPE Mühle nicht in Gänze benötigt würden und daher ein Betrag von 20.000,- € zurücküberwiesen würde.

Herr Beig. Gatzke teilte weiter mit, dass man die Absicht habe, mit dem Ausschuss eine Fahrt nach Mettmann und Langenfeld zu unternehmen. Hierzu werde man Terminvorschläge geben. Hintergrund sei, dass es dort zwei neue Kindergärten gäbe und es wichtig sei, dass sich der Ausschuss damit befasse, wie Kindergärten heute gestaltet würden.

Abschließend machte Herr Brakemeier auf den Fachabend Inklusion in Hilden am 06.11. im Institut für Öffentliche Verwaltung aufmerksam.

19 Entgegennahme von Anfragen und Anträgen

Hierzu erfolgten keine Wortmeldungen.

Ende der Sitzung: 19:00 Uhr

Hans-Werner Schneller
Max
Vorsitzender

Bürgermeisterin Birgit Alkenings
Schriftführer/in

Kirsten

Gesehen:

Birgit Alkenings
Bürgermeisterin

Reinhard Gatzke
Beigeordneter